



AMTSBLATT

des

k. u. k. Kreiskommandos Janów in Polen.

Abonnements-Preis $\frac{1}{4}$ jährig 3 Kr.

Nr. 14.

JANÓW, am 15. Juli 1916.

Inhalt: 1. Stempelgebühren. 2. Warnung vor Grundspekulationen. 3. Eierhandel. 4. Beschlagnahme von Glyzerin. 5. Maßnahmen gegen Feldschäden. 6. Verkauf von Kunstgegenständen. 7. Gegenseitiger Hilfsverein. 8. Kontrolle des Fremdenverkehrs. 9. Eröffnung eines Gymnasiums. 10. Postpaketverkehr zur Armee im Felde. 11. Belehrung über Ruhr und Cholera. 12. Nachlaßwesen. 13. Einbringung der Ernte. 14. Verkehr mit Raps. 15. Verurteilungen. 16. Kurrende. 17. Markttage in Zakrzówek. 18. Verlústanzeigen. 19. Gefundene Identitätskarte.

1. Entrichtung der Stempelgebühren.

Zufolge der Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 17. Juni 1916, F. A. Präs. Nr. 7901/16, wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Stempelgebühren gegenwärtig in Kronenwährung, die dem im „Nachtrage“ zum h.ä. Amtsblatte Nr. 13 vom 2. Juli 1916 festgesetzten Umrechnungskurse (1 Rubel = 2 K 50 h) entspricht — zu entrichten — und die auf Grund dieser Umrechnung entfallenden Beträge auf Heller abzurunden sind.

M. G. G. A. Nr. 7139/16.

2. Warnung vor Grundspekulationen.

Es ereignen sich Fälle, daß gewissenlose Grundspekulanten die Landbevölkerung dadurch zu schädigen trachten, daß sie die bäuerliche Bevölkerung zur Veräußerung ihres Grundbesitzes bestimmen wollen, weil der Grundbesitz durch den Krieg angeblich entwertet sei.

Solchen falschen Vorspiegelungen wird das Kreiskommando mit aller Schärfe entgegentreten.

Der Grundbesitz hat durch den Krieg nicht nur keine Entwertung erlitten, sondern ist im Gegenteil im Werte ganz bedeutend gestiegen und wird noch weiter an Wert gewinnen. Es wird daher von einem Verkaufe des Grundbesitzes ganz entschieden abgeraten.

Unlauterer Grundspekulationen verdächtige Personen sind dem Militärgerichte des Kreiskommandos Janów anzuzeigen.

Ad M. G. G., W. A. Nr. 39.704/16.

3. Eierhandel.

1. Der Einkauf von Eiern zum Zwecke der Weiterveräußerung oder zum Zwecke der Ausfuhr ist verboten.

2. Der Aufkauf der Eier wird durch legitimierte Einkäufer besorgt; dieselben sind jedoch verpflichtet, sämtliche angekauften Eier dem Kreiskommando zur Verfügung zu stellen.

3. Die Besitzer offener Läden mit Lebensmitteln dürfen auf Grund einer Bewilligung des Kreiskommandos Eier bis zum Ausmaße einer Kiste (1440 Stück) einkaufen.

4. In Hinkunft werden nur Richtpreise für die an die Produzenten zu bezahlenden sowie

für die durch den Detailhändler zu verrechnenden Eier festgesetzt werden.

5. Die Ansammlung von Eiern zu Konservierungszwecken unterliegt, sofern sie das Mindestausmaß von einer Kiste (1440 Stück) übersteigt, der Anzeigepflicht und treten die im Kreise vorhandenen Eiervorräte durch die Anmeldung in die Verfügungsgewalt des Militär-Generalgouvernements.

6. Übertretungen des Punktes 1, 2, 3 und 5 werden mit Geldstrafen bis K 100.000 oder mit Arrest bis zu 5 Jahren bestraft.

Neben der Strafe kann der Verfall der Waren ausgesprochen werden, deren Behandlung den Gegenstand des Straferkenntnisses bildet und die im Eigentume des Verurteilten stehen.

7. Alle bisher über den Eierhandel getroffenen Verfügungen werden somit außer Kraft gesetzt.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Ad M. G. G., E. Nr. 32.348/16.

4. Beschlagnahme von Glyzerin etc.

Alle Arten von Glyzerin, Glyzerinwässer und Seifensiederei-Unterlaugen sind mit Beschlag zu belegen.

Weitere Weisungen bezüglich Abschub der genannten Vorräte folgen.

5. Maßnahmen gegen Feldschäden.

Es ist dem k. u. k. Kreiskommando zur Kenntnis gelangt, daß gewissenlose Leute auf den fremden angebauten Kulturen und insbesondere auf Kleefeldern und Wiesen großen Schaden durch unerlaubtes Weiden von Vieh anrichten.

Bei der Tat ertappt, geben sie zu ihrer Entschuldigung an, „daß in der gegenwärtigen Kriegszeit jedermann sein Vieh weiden darf, wo er will.“

Auf Grund dieser unerhörten Nichtschonung fremden Gutes gibt hiermit das k. u. k. Kreiskommando bekannt, daß das Weiden von Vieh auf fremden Feldern und Wiesen strengstens verboten ist. Jeder Eigentümer eines Grundstückes soll sofort gegen die ertappten Besitzer

von Vieh eine gerichtliche Klage beim Gemeinderichter zwecks Bestrafung und Gutmachung der Schäden einbringen.

Gleichzeitig werden die Wojte und Soltysse aufgefordert, bei allen solchen Vorkommnissen den Beschädigten sofortige Hilfe zu gewähren.

M. G. G. Nr. 34418
E. Nr. 16872/16.

6. Verkauf von Kunstgegenständen.

Um einer Verschleppung von Kunstgegenständen aus dem Bereiche des M. G. G. vorzubeugen, fordert hiemit das Kreiskommando alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere die P. T. Geistlichkeit, den Adel und Großgrundbesitz auf, bei Veräußerung von wertvollen Kunstgegenständen womöglich inländische Käufer zu suchen oder derlei Gegenstände dem Staate zum Kaufe anzubieten.

Das Kreiskommando wird in allen in Betracht kommenden Fällen den beteiligten Parteien seine Unterstützung zuwenden.

7. Gegenseitiger Hilfsverein für den Todesfall „Obowiązkowa Pomoc“.

Das k. u. k. M. G. G. in Lublin hat mit Verordnung vom 31. Mai l. J. A. Nr. 32.247 dem Lubliner gegenseitigen Hilfsverein für den Todesfall „Obowiązkowa Pomoc“ die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit gestattet.

8. Kontrolle des Fremdenverkehrs.

In Anbetracht dessen, daß sich die Notwendigkeit einer strengen Kontrolle über fremde Personen, die sich in einzelnen Gemeinden zeitweilig aufhalten, gezeigt hat, werden seitens des k. u. k. Kreiskommandos die Gemeindevorsteher beauftragt, die Schultheisse aufzufordern, dem Gemeindeamt unter persönlicher Verantwortung alle 10 Tage genaue Informationen über diese Personen vorzulegen.

Die Gemeindevorsteher sind verpflichtet, die auf diese Weise erlangten Informationen unverzüglich den k. u. k. Gendarmeriepostenkommandos zur Kenntnis zu bringen.

9. Eröffnung eines öffentlichen Gymnasiums.

Die k. u. k. Militärverwaltung hat in Kielce ein „öffentliches Gymnasium“ eröffnet. Diese unmittelbar dem Militär-Generalgouvernement unterstehende Mittelschule wird von der „K. u. k. Direktion des öffentlichen Gymnasiums in Kielce“ geleitet und nach außen vertreten.

10. Postpaketverkehr zur Armee im Felde.

Zufolge Tel. Nr. 30.764 (A. O. K. vom 25. Juni 1916), wird vom 1. Juli 1916 an die Annahme von Privatpostpaketen zur Armee im Felde bei den k. u. k. Etappenpostämtern I. Klasse im Okkupationsgebiete in Polen unter den gleichen Bedingungen wie bei den Staatsämtern in der Monarchie zugelassen.

Die Annahme der Feldpostpakete erfolgt an jedem Montag, Dienstag und Mittwoch.

Die Nummern der für den Feldpostpaketverkehr derzeit zugelassenen Feldpostämter sind:

6, 10, 11, 14, 20, 28, 37, 39, 41, 43, 51, 55, 76, 78, 81, 83, 85, 91, 103, 109, 115, 119, 125, 138, 140, 146, 148, 149, 168, 170, 176, 185, 186, 187, 207, 210, 215, 216, 219, 220, 222, 226, 228, 230, 233, 234, 236, 237, 238, 264, 265, 267, 274, 300, 301, 301/II, 301/III, 303, 305, 306, 309, 310, 311, 312, 314, 320, 321, 322, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 333, 341, 344, 345, 349, 513, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 630, außerdem sämtliche Etappenpostämter mit Ortsnamen in den Okkupationsgebieten in Polen, Serbien und Montenegro, ausgenommen an Mitrowica, Kozovo und Novipazar.

Das Höchstgewicht der Feldpostpakete beträgt 5 kg, der Höchstumfang 60 cm in jeder Richtung.

Feldpostpakete dürfen ausschließlich enthalten:

a) Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenstände;

b) Zigarren, Zigaretten, Tabak, Pfeifen, Zigarren- (Zigaretten-)Spitzen und benzinlose Feuerzeuge mit Lunte;

c) Genußmittel, die nicht dem Verderben unterliegen, wie Kaffee (in Bohnen oder Pulver), Zucker und Zuckerwaren, Schokolade, Kakao,

Tee, Zwieback, Konserven aller Art in gelöteten Blechbüchsen und Honig in Blechtuben oder Blechdosen, die so verschlossen sind, daß ein Ausrinnen des Inhaltes unmöglich ist.

Die Postämter sind berechtigt und verpflichtet, die Pakete stichprobenweise vor der Annahme durch den Aufgeber öffnen zu lassen oder nach der Annahme selbst zu öffnen, um sich von der Zulässigkeit des Inhaltes zu überzeugen.

Pakete mit anderen, als dem nach a), b) und c) zulässigen Inhalt, werden von der Annahme und Weiterleitung ausgeschlossen und dem Aufgeber gegen Einhebung des Rückportos zurückgestellt.

Eine Wertangabe oder das Verlangen einer besonderen Behandlung der Sendung, wie der Einziehung eines Nachnahmebetrages, der Expreßzustellung, der Zustellung zu eigenen Händen, eines Rückscheines, ist unzulässig.

Die Begleitadresse ist ordnungsmäßig auszufertigen und bei dem Vordrucke „Wert“ mit den Worten „Auf eigene Gefahr“ zu versehen. Auf dem linken Abschnitte der Begleitadresse muß der Name und Wohnort des Absenders angegeben werden. Schriftliche Mitteilungen jeder Art auf dem Abschnitte sind unzulässig.

Die Feldpostpakete unterliegen dem Frankozwang. Die Gebühr für jedes Paket beträgt 60 Heller.

11. Belehrung über Ruhr (Dysenterie) und Cholera.

Sowohl die Ruhr als auch die Cholera sind sehr gefährliche und stark ansteckende Krankheiten und werden durch Keime hervorgerufen, welche in den Entleerungen (Stühle, erbrochener Mageninhalt) enthalten sind und entweder direkt (durch Berührung, Besudelung) übertragen werden, oder aber auch durch verunreinigte Lebensmittel (Obst, Gemüse, Milch, Trinkwasser), ferner durch Trink- und Eßgeschirre in die Verdauungsorgane gesunder Personen gelangen und in denselben eine oder die andere obenerwähnte Krankheitsart hervorrufen.

Die Ruhr äußert sich in ziemlich plötzlich sich einstellenden dünnen, anfangs kothaltigen, bald nur fetzigen, schleimig-blutigen oder rein blutigen Entleerungen; dabei besteht gewöhnlich Fieber, Appetitlosigkeit, schnelle Abnahme der Kräfte und es kann schon in einigen Tagen

der Tod eintreten. — Die Cholera beginnt gewöhnlich nach mehrtägigem Durchfalle mit den schwersten Erscheinungen, welche schon binnen wenigen Stunden zum Tode führen können: die Durchfälle werden äußerst häufig, reiswasser- oder mehlsuppenartig, es stellen sich häufiges Erbrechen, zuerst von Speiseresten, dann von wässerigen Massen, Magenschmerzen, brennender Durst, Heiserkeit, schmerzhaft Krämpfe in den Gliedern, besonders in den Waden und allgemeiner, schwerer Kräfteverfall ein; in schweren Fällen stirbt der Cholerakranke schon im Laufe des ersten Tages.

Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit und der großen Infektiosität beider Krankheitsarten erscheint es geboten, mit allen Mitteln der Entstehung derselben vorzubeugen, beziehungsweise die bereits ausgebrochene Seuche im ersten Anfang zu unterdrücken und ihre Weiterverbreitung zu verhindern.

Zu diesem Behufe werden der Bevölkerung die strikte Einhaltung nachstehender Maßnahmen zur strengen Pflicht gemacht:

1. Jedermann hat sich der größten körperlichen Reinlichkeit zu befleißigen; namentlich sind die Hände rein zu halten und vor jedem Essen sowie nach jeder Beschmutzung zu waschen.

Den Kindern ist der Genuß von abgelegten, in Schmutz herumliegenden Brot- und Speiseresten, sowie das Ablecken von Spielzeugen nicht zu dulden.

2. Da von der Krankheit vor allem durch unzweckmäßige Lebensweise und Ausschweifungen im Essen und Trinken krankhaft veränderte und geschwächte Organismen befallen werden, wird vor dem Genusse schwer verdaulicher Speisen (namentlich unreifen Obstes!) und vor übermäßigem Genusse geistiger Getränke gewarnt.

3. Das Händereichen und Küssen ist vollkommen überflüssig und unter Umständen gefährlich.

4. In den Gassen, Hofräumen und Wohnungen muß die größte Reinlichkeit herrschen, die Wände der Wohnungen sind jeden Monat mit Kalk frisch zu tünchen, die Abort-, Latrinen- und Senkgruben sind nach Bedarf häufig zu entleeren und oft mit Kalkmilch zu beschütten.

5. Die Trinkwasserbrunnen müssen vor Verunreinigung des Wassers durch schmutzige Zuflüsse aus der Umgebung, durch beschmutzte aus dem Haushalte mitgebrachte Gefäße u. s. w. geschützt werden. Das Schöpfen mit Kannen oder Töpfen direkt aus dem Brunnen ist streng-

stens verboten. Da die allerwenigsten Brunnen im Kreise verlässliches, keimfreies Trinkwasser enthalten, ist das Wasser, welches zum Trinken und Waschen von Eß- und Trinkgeschirr verwendet wird, abzukochen.

6. In den Lebensmittelgeschäften ist die peinlichste Reinlichkeit einzuhalten; Eßwaren, welche ohne weitere Zubereitung genossen werden (Butter, Käse, Selchwaren, Back- und Zuckerwerk u. a.), müssen durch Drahtnetz- oder Glasglocken, bei Abgang solcher, durch reines Organtin, vor Fliegen und Straßenstaub geschützt werden.

7. Besondere Aufmerksamkeit ist dem Obst und solchen Gemüsearten, welche roh verzehrt werden, zu widmen: den Obsthändlern ist streng verboten, Obst und Salat, sowie auch anderes Gemüse, durch Käufer berühren bzw. „aussuchen“ zu lassen, da eben durch unreine Hände die Keime der Ruhr und Cholera am leichtesten übertragen werden können. Selbstredend müssen die Hände der Verkäufer sowie die zum Obsthandel verwendeten Gefäße tadellos rein sein, nebst dem müssen die Obsthändler mit reinen, leicht waschbaren Schürzen und Ärmeln versehen sein. Personen, in deren Familien ansteckende Krankheiten herrschen, dürfen sich mit Obst- und Gemüsehandel nicht beschäftigen.

Der Salat sowie andere in rohem Zustande verzehrten Gemüsearten sind im abgekochtem Wasser gründlich auszuwaschen. Das Obst (Äpfel, Birnen) ist vor dem Genusse abzuschälen.

8. Vor dem Genusse roher, unabgekochter Milch wird auf das Dringende gewarnt, zumal dieselbe häufig mit Wasser verdünnt wird bzw. die zur Aufbewahrung derselben verwendeten Gefäße nicht immer vollkommen einwandfrei rein sind.

9. Ist Jemand unter ruhr- oder choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt, muß von der Erkrankung sofort dem zuständigen Gemeindevorsteher und dem Gendarmerieposten-Kommando die Meldung erstattet werden.

10. Ruhr- und Cholerakranke dürfen nicht in der Wohnung belassen werden, sondern sind dieselben ungesäumt in das nächste Epidemiaspital oder in das Gemeindeisolierlokal abzugeben. Die vom Kranken gebrauchten bzw. besudelten Gegenstände sind zu desinfizieren (Bett- und Leibwäsche durch gründliches Auskochen), die Einrichtungsgegenstände und das Eß- und Trinkgeschirr durch Abwaschen mit

Lysollösung oder Kalkmilch. Das Zimmer, in dem sich der Kranke befand, ist frisch mit Kalk zu tünchen.

11. Die mit der Pflege des Ruhr- bzw. Cholerakranken beschäftigte Person hat sich vor Infektion zu schützen: nach jeder Berührung des Kranken oder der von demselben gebrauchten Gegenstände sind die Hände sorgfältig zu waschen, vor dem Essen ein reines Kleid anzuziehen. Das Verlassen der Wohnung ist der Pflegeperson nicht gestattet.

12. Die Kranken dürfen nicht den Abort benützen, sondern ist der Stuhl bzw. das Erbrochene in einem eigenen, zu einem Drittel mit Kalkmilch gefüllten Gefäße aufzufangen und in eine eigens ausgehobene, 1 m tiefe Grube auszuschütten. Die Grube ist gut zu verdecken und nach jedem Ausgießen der Entleerungen mit Kalk zu begießen.

Im Übrigen gelten die im Amtsblatte Nr. 7 Pkt. 7 ex 1916 verlautbarten Maßnahmen.

Diese Belehrung ist durch die Gemeindeämter zur allgemeinen Kenntnis der Bevölkerung zu bringen und der Vollzug streng zu überwachen.

12. Nachlaßwesen.

Behufs Besserung und Festigung der Nachlaß- und Vormundschaftspflege treffen seitens des Kreisgerichtes schon in der nächsten Zukunft entsprechende Anordnungen ein.

Da aber bei dieser nutzvollen Arbeit die Justiz auch an niedere Kreise der Bevölkerung mit der Aufforderung zur Mitwirkung herantritt, werden die wichtigsten Gesetzschriften in dieser Hinsicht teils zur Erinnerung, teils zur Kenntnis gebracht.

ERBFOLGE.

Für die gesetzliche Erbfolge gelten folgende Grundsätze:

1. Alles Erbgut unterliegt denselben Bestimmungen ohne Rücksicht auf die Art oder Herkunft desselben.

2. Weder das männliche Geschlecht noch die Erstgeburt gewähren irgend welche Vorrechte.

3. Die Berechnung der Grade der Verwandtschaft geschieht nach den Regeln des römischen, nicht nach denen des kanonischen Rechtes (Art. 737, Z. G. B.).

4. Nicht erbfähig sind: a) derjenige, der am Tage des Todes des Erblassers noch nicht empfangen ist; b) das Kind, welches nicht lebensfähig geboren ist; c) derjenige, welcher bürgerlich tot, d. i. zum Verluste aller Standesrechte verurteilt ist (Art. 725, Z. G. B., Art. 28 Str. G. B.).

Ausländer sind erbfähig, müssen aber in manchen Fällen geerbte Grundstücke verkaufen. (Gesetz vom 14. März 1887.)

Für die Erbfolge sind folgende vier Klassen der Erben aufgestellt. Jede Klasse schließt die folgende aus.

I. Klasse. Die ehelichen Nachkommen und die an Kindes statt Adoptierten. Dieselben erben nach Kopfteilen und nach Stämmen, und die Nachkommen von Verstorbenen treten an deren Stelle (Repräsentation, Art. 745, 740 Z. G. B.).

II. Klasse. Die Eltern und Geschwister und deren Nachkommen. Jeder Elternteil erhält ein Viertel. Ist dagegen nur der Vater oder die Mutter unter den Überlebenden, so wächst das Viertel des Verstorbenen dem Anteil der Geschwister zu. Die vollbürtigen Geschwister schließen die halbbürtigen nicht aus, sie erhalten aber doppelte Anteile. Die Nachkommen der verstorbenen Geschwister treten an deren Stelle (Repräsentation, Art. 748, 749, 742 Z. G. B.).

Gibt es keine Erben der I. oder der II. Klasse, so wird der Nachlaß in zwei Teile zwischen der väterlichen und mütterlichen Linie geteilt.

In jeder Linie erben die folgenden Klassen.

III. Klasse. Die Ascendenten. In jeder Linie teilen im Grad die nächsten den Nachlaß unter sich mit Ausschluß der entfernteren (Art. 746, 747 Z. G. B.).

IV. Klasse. Die Verwandten der Seitenlinien bis zum zwölften Grad. In jeder Linie schließt im Grad der nächste den entfernteren aus (Art. 750—755 Z. G. B.).

Ein Anfall von der einen Linie an die andere geschieht nur dann, wenn sich in der einen von den beiden Linien weder ein Ascendent noch ein Seitenverwandter befindet.

Rechte des überlebenden Ehegatten, wenn
erbfähige Verwandten vorhanden sind.

Wenn die Eheleute durch den Ehevertrag nicht anders bestimmt haben; dem überlebenden Ehegatten kommt nach dem verstorbenen ein Erbteil zu, gleich dem, das auf jedes Kind entfällt, indem man den Hinterbliebenen bei der Teilung gleich einem Kinde rechnet und ihm die Wahl zwischen den Teilen läßt.

Dieser Anteil dient ihm nur zu lebenslänglicher Nutznießung (Art. 232 Z. G. B. ex 1825).

Im Falle keine Kinder da sind und sich Verwandte des Verstorbenen bis zum vierten Grad inklusive vorfinden, erhält der hinterbliebene Ehegatte den vierten Teil der Hinterlassenschaft als Eigentum.

Sind aber auch Verwandte dieses Grades nicht vorhanden, so fällt dem Hinterbliebenen die Hälfte des Vermögens als Eigentum zu. (Art. 233 Z. G. B. ex 1825.) Die ganze Hinterlassenschaft des Verstorbenen geht auf den Hinterbliebenen nur dann über, wenn keine Verwandten in erbfähigem Grad und keine unehelichen Kinder vorhanden sind. (Vgl. Art. 767 Z. G. B.)

Wenn die Eheleute in ihrem Ehevertrage die Gütergemeinschaft vereinbart haben, so wird nach dem Tode des einen Ehegatten der Hinterbliebene Eigentümer der Hälfte des der Gütergemeinschaft unterliegenden, am Tage des Ablebens vorhandenen Vermögens. Wenn die Eheleute die Gütergemeinschaft vereinbart haben und die Frau ihren Gatten überlebt, so hat sie die Wahl, die Gemeinschaft anzunehmen oder ihr zu entsagen. Im Fall der Annahme werden die beiderseitigen Schulden von der allgemeinen Summe des der Gütergemeinschaft unterliegenden Vermögens abgezogen und die Nettomasse wird in zwei gleiche Hälften geteilt. Im Falle der Entsagung erhält die Ehegattin ihr Vermögen zurück, kann aber nicht von den Rechten Gebrauch machen, welche das Gesetz dem überlebenden Ehegatten verleiht, im Fall kein Vertrag in diesem Sinne eingegangen wurde. (Art. 230 Z. G. B. ex 1825.)

Alle diese Erben treten von Rechtswegen sofort in alle aktiven und passiven Vermögensverhältnisse des Erblassers ein (Art. 274 Z. G. B.); die Frau auch; siehe Erkennt. d. Kass.-Hofes Nr. 108, 1880.

Außer diesen ordentlichen Erben kennt das Gesetz noch eine außerordentliche

Erbfolge; solche außerordentliche Erben erwerben nicht von Rechtswegen das Eigentum am Nachlaß, sondern bedürfen der gerichtlichen Einweisung in den Besitz der Erbschaft.

Außerordentliche Erben sind:

a) Die anerkannten unehelichen Kinder. Sie erhalten ein Drittel dessen, was sie als eheliche Kinder geerbt hätten, wenn sie neben ehelichen Nachkommen zur Erbschaft berufen worden wären; die Hälfte der Hinterlassenschaft, wenn sie neben Ascendenten oder Geschwistern und deren Nachkommen erben; zwei Drittel des Nachlasses, wenn andere Seitenverwandten die Miterben sind; das Ganze, wenn keine erbfähigen Verwandten bis zum zwölften Grad vorhanden sind. (Art. 757 Z. G. B.) Die im Ehebruch oder in Blutschande erzeugten Kinder haben nur das Recht auf den Unterhalt; hat der Vater oder die Mutter ein solches Kind ein Handwerk erlernen lassen, so kann es keinen weiteren Anspruch erheben, Art. 764 Z. G. B.

b) der überlebende Ehegatte (Art. 767 Z. G. B.) erhält den ganzen Nachlaß, wenn weder erbfähige Verwandte noch uneheliche Kinder vorhanden sind.

c) Der Staat. Wenn weder erbfähige Verwandte, noch uneheliche Kinder, noch ein überlebender Ehegatte vorhanden sind, fällt der Nachlaß an den Staat. (Art. 768 Z. G. B.)

Für die testamentarische Erbfolge gelten folgende Grundsätze:

1. Fideikommissarische Substitutionen sind nur zulässig: a) bei Zuwendungen eines Elternteils an ein Kind zu Gunsten der Kinder desselben; b) bei Zuwendungen eines Geschwisters an ein Geschwister zu Gunsten der Kinder desselben.

2. Die Verfügungsfreiheit des Testators ist beschränkt durch den Pflichtteilsanspruch der gesetzlichen Erben.

Der Pflichtteil beträgt drei Viertel des Nachlasses, wenn der Erblasser drei oder mehr Kinder hinterlassen hat; zwei Drittel, wenn er zwei Kinder hinterlassen hat; die Hälfte, wenn er ein Kind oder zwar keine Kinder, aber Ascendenten in beiden Linien hinterlassen hat; ein Viertel, wenn Ascendenten nur in der einen Linie vorhanden sind. (Art. 913—915 Z. G. B.) Einem Ehegatten ist bei Lebzeiten oder durch Testament nur so viel zu verschenken erlaubt, daß der dem anderen Ehegatten zukommende

Teil nicht mehr als um eine Hälfte vermindert werde. (Art. 235 Z. G. B. ex 1825.)

In allen übrigen Fällen kann der Erblasser über den ganzen Nachlaß verfügen.

Doch können Ehegatten zweiter Ehe, welche Kinder aus erster Ehe haben, dem zweiten Ehegatten nicht mehr als dem geringst bedachten Kinde und keinesfalls mehr als ein Viertel ihres Nachlasses zuwenden.

Ein Viertel des Nachlasses eines römisch-katholischen Pfarrers gehört der Kirche. (Ukaz vom 25. Dezember [6. Januar] 1823/4.)

Das Testament kann in dreierlei Form errichtet werden:

1. Das eigenhändige Testament, ganz von der Hand des Erblassers geschrieben, datiert und unterzeichnet. (Art. 970 Z. G. B.)

2. Das öffentliche Testament, von einem Notar in den Formen einer öffentlichen Urkunde in Gegenwart von vier Zeugen, oder von zwei Notaren in Gegenwart von zwei Zeugen errichtet.

3. Das geheime Testament, lediglich vom Testator unterzeichnet. Das Schriftstück muß vom Notar verschlossen, versiegelt und überschrieben werden.

Wer durch Testament zum Universalerben eingesetzt ist, tritt von Rechtswegen in die Verlassenschaft ein, es sei denn, daß pflichtteilberechtigte Erben vorhanden wären. In diesem Fall hat er von den letzteren die Auslieferung des Vermächtnisses zu begehren.

Sind keine pflichtteilberechtigten Erben vorhanden, dann tritt der Erbe, wenn das Testament ein öffentliches ist, ohne weiters kraft des Testaments in den Besitz der Erbschaft. Ist das Testament kein öffentliches, dann bedarf es erst noch einer Besitzeinweisung durch den Gerichtspräsidenten. (Art. 1008 Z. G. B.)

Die Vermächtnistteilnehmer zu aliquoten Teilen, sowie die Vermächtnistteilnehmer, denen einzelne Nachlaßgegenstände vermacht sind, erwerben nicht von Rechtswegen das Eigentum und den Besitz; sie haben vielmehr die Auslieferung der Vermächtnisse von den pflichtteilsberechtigten Erben oder in Ermangelung solcher von den testamentarischen Universalerben oder wenn auch solche nicht vorhanden sind, von den anderen durch das Gesetz zur Erbschaft berufenen Personen zu verlangen. (Art. 1010 Z. G. B.)

Jeder Erbe, dem eine Erbschaft angefallen ist, kann entweder dieselbe bedingungslos an-

nehmen oder sie endgültig ausschlagen oder sie unter dem Vorbehalt des Inventars annehmen.

Die Erbschaft gilt als angenommen, wenn der Erbberechtigte sich in einer öffentlichen oder Privaturkunde als Erbe bezeichnet hat, oder wenn er eine Handlung vorgenommen hat, zu welcher er bloß als Erbe berechtigt war, oder wenn ein rechtskräftiges Urteil wider ihn vorhanden ist, welches ihn in der Eigenschaft eines Erben ohne Vorbehalt verurteilt. (Art. 800 Z. G. B.)

2. ERBSCHAFTSSTEUER.

Dieser Gegenstand ist durch das Gesetz vom 15. Juni 1882 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer geregelt.

Dieses Gesetz steht mit gewissen Abweichungen und späteren Ergänzungen in Polen seit dem 1./13. Juli 1884 in Geltung (s. Lada, Ustawy s opłatech, Warszawa 1910 S. 169 f.f.)

Der Steuersatz beträgt $1\frac{1}{2}\%$ bis 12% je nach dem Verwandtschaftsgrade zwischen dem Erblasser und den Erben oder Legatar, insbesondere:

- a) $1\frac{1}{2}\%$ von dem Vermögen, das an den Ehegatten, Descendenten (auch uneheliche) und Ascendenten in gerader Linie, an die Ehegatten der Kinder oder an Adoptivkinder übergeht.
- b) 6% von dem Vermögen, welches den Geschwistern (voll- und halbbürtigen) oder Kindern verstorbener Geschwister, sowie Stiefkindern des Erblassers zufällt;
- c) 9% von dem Vermögen, das an Seitenverwandte des 3. oder 4. Grades, außer den unter b) genannten, übergeht;
- d) 12% von den Zuwendungen an alle anderen Erben oder Legatäre;
- e) wenn das Eigentum und die Nutznießung einer Sache verschiedenen Personen zufallen, hat der Eigentumserwerber die volle, der Nutznießer außerdem die halbe Gebühr zu entrichten (jeder nach seinem Verwandtschaftsgrade).

Befreit sind von der Steuer (Übertragungsgebühr):

1. Zuwendungen im Werte von nicht über 1000 Rubel; wenn ein Gegenstand gemeinsam an mehrere Personen übergeht, ist der Wert des einzelnen Anteils, sowie der Gesamtwert des jedem zufallenden Erbteils (Legats) entscheidend. (Art. 2 und 5.)

2. Bauernwirtschaften, wenn der Erbgang zwischen Angehörigen des Bauernstandes statthat.

3. Jedweder ländliche Grundbesitz, der an die unter a) genannten nächsten Angehörigen übergeht;

4. Vermögensschaften, die dem Staate, wohltätigen oder Lehranstalten, der Kirche, einem Kloster oder Angestellten der Kirche zufallen;

5. die häuslichen Fahrnisse (Einrichtungstücke, Kleidung, Schmucksachen), die keinen Ertrag abwerfen und nicht etwa zu einem Unternehmen des Erblassers (Handelsgeschäft, Gewerbe) gehören.

Abzugsposten sind:

- a) der rückständige Lohn der Dienerschaft und der Arbeiter;
- b) die Kosten der letzten Krankheit und des Begräbnisses des Erblassers (die Beträge a) und b) auch ohne urkundliche Bescheinigung nach Ermessen);
- c) rückständige Steuern und andere Abgaben (bis zum Todestage);
- d) pfandrechtlich sichergestellte Schulden samt Nebengebühren bis zum Todestage. Der Betrag solcher Schulden wird nur vom Werte des Pfandobjektes (nicht auch des übrigen Vermögens) in Abzug gebracht;
- e) Wechsel- oder durch Handelsbücher ausgewiesene Schulden, sowie andere persönliche, gehörig bescheinigte Verpflichtungen des Erblassers; Schuldtitel zu Gunsten eines Erben (Legatars) werden nur dann berücksichtigt, wenn die Unterschrift mindestens 3 Monate vor dem Todestage amtlich legalisiert ist.

Die Bemessung und Entrichtung der Steuer geht in Polen nach den Art. 49—60 des Stempelgesetzes vom 7. Oktober (25. September) 1863 vor sich. Sie ist den Finanzbehörden übertragen. Die beteiligten Parteien sind berechtigt, nach dem Erbanfall der Steuerbehörde das amtliche Inventar oder einen Vermögensnachweis der Verlassenschaft zu überreichen und die bemessene Gebühr vom ganzen Nachlaß zu entrichten.

Sie können aber die Gebühren auch anläßlich der verschiedenen Rechtshandlungen, deren Gegenstand das Nachlaßvermögen ist, entrichten. (z. B.: Veräußerung, Teilung, Vorlage des Testaments gemäß Art. 1007, 1008 Z. G. B., Ansuchen um Umschreibung von Immobilien auf den Erben, um Ausfolgung von

Depositen u. dgl.) Bei Vornahme solcher Rechtsgeschäfte sind die Gerichte, die Notare und andere Behörden verpflichtet zu prüfen, ob die Nachlaßgebühren entrichtet wurden. Bejahendenfalls ist dies im Akte unter Angabe der Kassaquittung und des Betrages zu vermerken.

Wird der Nachweis der Bezahlung nicht erbracht, so ist die Gebühr von dem Gegenstande des Rechtsgeschäftes durch das Gericht (Notar) zu bemessen und einzuheben. Wäre die Bemessung nicht möglich, so ist die Finanzbehörde in Kenntnis zu setzen.

Der Finanzbehörde ist ferner, wenn eine gebührenpflichtige Verlassenschaft inventiert wird, von amtswegen eine Abschrift des Inventars zu übermitteln. Überhaupt sind die Gerichte und alle behördlichen Organe verpflichtet, die Finanzbehörde zu unterstützen und von jedem gebührenpflichtigen Erbanfalle, der ihnen zur Kenntnis gelangt, zu benachrichtigen.

Wenn der Anspruch auf eine Erbschaft, einen Erbteil, oder ein Legat, von dem die Gebühr noch nicht entrichtet ist, gerichtlich geltend gemacht wird, hat das Gericht die Gebühr im Urteil zu bemessen und zur Zahlung aufzuerlegen. Der Erbe hat die Gebühren auch für die Legate zu entrichten und kann von den Vermächtnisnehmern Ersatz ansprechen.

Wenn Forderungen oder zweifelhafte, strittige Ansprüche Gegenstand des Vermögensüberganges sind, hat der Gebührenpflichtige das Recht, Zahlungsaufschub bis zur Einbringung der Forderung oder Durchsetzung des Anspruches zu verlangen. Er hat auch die Gebühr von dem Werte zu entrichten, den er wirklich erhält.

Nachlaßregulierung.

1. Gehören zur Erbschaft Immobilien, welche ein Hypothekenbuch haben, oder ein hypotheziertes Kapital, so verkündigt die zuständige Hypothekenbehörde, auf Verlangen der beteiligten Personen öffentlich die „Eröffnung der Erbschaft“, indem sie den Erben oder den Gläubigern des Verstorbenen einen Termin von sechs Monaten festsetzt. In anderen Fällen werden solche Veröffentlichungen vom Friedensrinhter des Bezirkes bewirkt, in dem die Erbschaft eröffnet worden ist. (Art. 1682 Z. P. O.)

2. Die Anlegung der Siegel an die Hinterlassenschaft wird vom Exekutor oder dem Gemeindevorsteher auf Befehl des Friedensrichters vollzogen; das Geld und die Wert-

papiere werden in den Staatskassen oder in der Reichsbank deponiert. (Art. 82, 83 der Depositen-Vorschriften vom 11. März 1889, Art. 502 der Org. der Gerichte.)

3. Die Abnahme der Siegel und Aufnahme des Inventars wird vom Exekutor oder vom Notar vollzogen, einem Befehl des Friedensrichters zufolge.

Wenn sich unter den Erben Minorene befinden, so kann die Abnahme der Siegel und die Aufnahme des Inventars nicht stattfinden, ehe nach den Vorschriften des Zivilkodex über den Familienrat eine Vormundschaft eingeleitet ist.

4. Eine Abschrift des Inventars wird von Amtswegen der Fiskalbehörde zur Berechnung der Erbschaftssteuer zugeschickt.

5. Beim Gerichtshofe wird die Teilung nach den Vorschriften der Art. 815—892 Z. G. B. durchgeführt. Die Friedensrichter führen eine solche Teilung, ohne die Parteien an einen Notar zu verweisen.

6. Die Teilung und der Erbgang von bäuerlichem Grundbesitz unterliegt den beschränkenden Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni 1891 (abgedruckt in der amtl. Ausgabe der Z. P. O., S. 301).

7. Die Verfügung über die Einweisung der Universalerben in den Besitz (Art. 1008 Z. G. B.) geht von dem Präsidenten des Gerichtshofes oder dem Friedensrichter aus, nach den Grundsätzen über die Kompetenz in Erbangelegenheiten. Die Eröffnung des holographischen (eigenhändigen) und mystischen (geheimen) Testaments wird immer von dem Präsidenten des Gerichtshofes vollzogen.

8. Der Erbe, welcher der Hinterlassenschaft entsagt (Art. 784 Z. G. B.), oder dieselbe bedingungsweise annimmt (Art. 793 Z. G. B.), oder die Erlaubnis zum Verkauf des zur Erbschaft gehörigen Besitzes erhalten will, und der Ehegatte, welcher der Gütergemeinschaft entsagt, die in dem Ehevertrage vereinbart wurde, müssen davon den Gerichtshof oder den Friedensrichter in Kenntnis setzen, welcher in der betreffenden Erbschaftsangelegenheit zuständig ist.

9. Um die Eintragung im Hypothekenbuch zu bewirken, müssen die Erben: 1. eine Bescheinigung der Fiskalbehörde, daß die Erbschaftssteuer bezahlt ist, 2. die nötigen Legitimationsurkunden vorlegen. Läßt sich ein Erbe vertreten, so muß er dem Vertreter eine spezielle, in den Formen einer öffentlichen Urkunde ausgefertigte Vollmacht erteilen. (Art. 2 Hypothekenordnung 1818.)

10. Den Auftrag zur Auszahlung des in der Staatskasse deponierten Geldes gibt der Friedensrichter. (Art. 27 der Vorschriften über die Depositen vom 11. März 1889.)

Ad M. G. G. F. Präs Nr. 9103.

13. Einbringung der Ernte.

Da die vorjährige Ernte vielfach ausgewachsenes und dumpfes Getreide ergeben hat, wird bezüglich der bevorstehenden Ernte angeordnet:

Insoweit das Getreide nicht in gedeckte Scheuern eingefahren werden kann, ist es in festgebaute und gut mit Stroh eingedeckte Tristen zu bringen, mit den Ähren nach innen, um das Auswachsen zu verhindern. (Die gleiche Aufmerksamkeit ist auch beim Bau der Heutristen zu beobachten.)

Möglichst bald nach der Ernte sind die Felder von der Nachrebe zu reinigen, damit die Schälung zwecks Vertilgung des Unkrautes sogleich einsetzen kann.

Dem bestehenden Stickstoff- und Stallmistmangel ist durch denkbarst intensive Ausnützung der hiezu geeigneten Sämereien zur Gründung (Pferdeböhen, Lupine etc.) möglichst sofort nach der Ernte zu steuern.

Mit Rücksicht auf den Mangel an Zugkraft sind tunlichst auch Kühe einzuspannen; die hiezu notwendigen Krummhölzer, Joche etc. sind vorzubereiten.

Das heuer eingebrachte Heu ist möglichst erst nach vier Wochen zu pressen.

Es wird aufmerksam gemacht, sich rechtzeitig mit Kohle und sonstigen Betriebsmitteln zu versorgen.

M. G. G. W. A. 48524/16.

14. Verkehr mit Raps.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Armeekommandanten vom 11. Juni 1916 (Verordnungsblatt der k. u. k. M. V. in Polen XXIII/61) und im Nachhange zur W. A. Nr. 3822 bestimme ich:

1. Beschlagnahme:

Der gesamte Raps ist beschlagnahmt. Jeder Verkehr in diesem Artikel ist untersagt.

2. Von der Beschlagnahme sind ausgenommen:

Als Saatgut 10 kg pro 1 Morgen angebauten Rapses bei jedem Rapsproduzenten.

3. Druschzwang:

Der Raps ist bis 15. August 1916 auszdreschen und zur Verfügung des Kreiskommandos zu halten.

4. Übernahme und Preise:

Der Raps wird durch hiezu vom Kreiskommando legitimierte Personen übernommen. Der Übernahmepreis beträgt bis 15. August 1916 Kronen 65.—, nach dem 15. August 1916 Kronen 55.— per 100 kg ab Magazin.

Für minderwertigen Raps kann von diesen Preisen ein Abschlag bis zu Kronen 10.— per 100 kg gemacht werden. In Streitfällen zwischen Übernehmer und Produzenten entscheidet das Kreiskommando.

5. Sperrung der Rapsmühlen:

Alle Rapsmühlen sind ausnahmslos zu sperren und zu versiegeln.

6. Strafbestimmungen.

Übertretungen dieser Verordnung werden vom Kreiskommando nach Maßgabe des § 10 der eingangs erwähnten Verordnung bzw. bezügl. des Ausfuhrverbotes nach § 7 der Verordnung Nr. 47 vom 15. Dezember 1915 geahndet.

7. Verbotswidrige Geschäfte:

Geschäfte, die den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind ungültig. Gegenstände, durch deren Kauf oder Verkauf diese Verordnung oder ein auf Grund derselben erlassenes Verbot verletzt wurde, sowie der Kaufpreis hiefür unterliegen dem Verfall und werden vom Kreiskommando für Zwecke der Ernährung der Bevölkerung verwendet.

8. Rückwirkende Kraft:

Die Bestimmungen des § 12 der eingangszitierten Verordnung finden auch auf Raps Anwendung.

15. Verurteilungen.

Vom k. u. k. Kreisgerichte in Busk wurde der nach Dąbrowa, Gemeinde Trzydnik, zuständige Josef Laczek wegen Verbrechens der Veruntreuung nach § 472: b M. St. G. zu achtmonatlichem schweren, verschärften Kerker verurteilt.

Vom k. u. k. Militärgerichte in Janów wurden verurteilt:

Krawiec Josef aus Borownica, Gemeinde Kawęczyn, wegen Verbrechens der schweren körperlichen Verletzung nach §§ 431 u. 434 b M. St. G. zu schwerem und verschärften Kerker in der Dauer eines Jahres;

Sobotek Josef aus Szastarka wegen Verbrechens des unbefugten Waffenbesitzes gemäß § 2 der Verordnung des A. O. K. vom 8./3. 1916 Nr. 51, Stück XVI d. Verordnungsblattes der k. u. k. Mil.-Verw. in Polen zu einmonatlichem verschärften Kerker.

Vom k. u. k. Kreisgerichte in Janów wurden verurteilt:

Leon Miler aus Janów wegen Winkelschreiberei mit 50 Kronen Geldstrafe eventuell 5 Tagen Arrest;

Chemia Cieśla aus Kraśnik wegen Winkelschreiberei mit 50 Kronen Geldstrafe eventuell 5 Tagen Arrest.

16. Kurrende.

Wegen Spionageverdachte befindet sich in Haft ein anscheinend taubstummtes Individuum mittlerer Statur, untersetzt, mit großem Kopf und enger Stirn, Haare licht, kurz geschnitten, rundem Gesicht, lichtblauen Augen, kleiner, durchbrochener Nase, dicken Lippen, bartlos; Alter zwischen 28 bis 38 Jahren.

Kleidung: russische, französisch geformte blaue Kappe mit roter Einfassung und schwarzem Schild, schwarzer Sakkorock mit großen schwarzen Tuchknöpfen, lichtgrau gestreifte Weste mit gelben großen Militärmessingknöpfen, braune Hose und hohe Stiefel.

Derselbe wies sich mit einem alten, russischen Passe des Michael Stanisławów Wilkołazki aus Krzesimów, Gemeinde Melgiew, Kreis Lublin, aus.

Sachdienliches über die Identität des Beschriebenen ist dem Militärgerichte des k. u. k. Kreiskommando in Janów bekannt zu geben.

17. Markttage in Zakrzówek.

Alle Wojte, Soltysse, Finanzwach- und Gendarmeriepostenkommandanten werden angewiesen, weitgehendst den Einwohnern des Kreises Janów zu verlautbaren, daß das k. u. k. Kreiskommando in Janów der Gemeinde Zakrzówek das Abhalten von Wochen-Markttagen an jedem zweiten Donnerstag bewilligt hat.

Artikel, welche an diesen Markttagen veröffentlicht werden dürfen, wurden gelegentlich der Einführung von Markttagen in anderen Ortschaften, im Amtsblatte Nr. 1 von 1915, bekannt gegeben.

18. Verlustanzeigen.

Es haben verloren:

1. Diamant Aron aus Janów seine bis 2. August 1916 gültige Identitätskarte, Nr. 360;
2. Wójtowicz Józefa aus Dzierzkowice ihre bis 12./10. 1916 gültige Identitätskarte.
3. Chaim Josek Chaba aus Działoszyce seinen von dem k. u. k. Kreiskommando Pinczów ausgestellten Reisepaß Nr. 930, gültig auf drei Monate.
4. Mordko Gendzel aus Koszyce seinen von dem k. u. k. Kreiskommando Pinczów ausgestellten Reisepaß Nr. 253, gültig auf drei Monate.
5. Gil Józef aus Wilkołaz seine bis 24./11. 1916 gültige Identitätskarte.

Finder haben die Karten bzw. Reisepässe beim nächsten Gendarmerie- oder Finanzwachposten abzugeben.

Mißbrauch wird strenge bestraft.

19. Gefundene Identitätskarte.

Die Identitätskarte, welche Józefina Kawa aus Moniaki verloren hat, wurde gefunden.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

von THALHAMMER m. p., Oberst.

